

Ich gebe es ja zu – mit unserem gut frequentierten Sozialraum im Amt kann ich mehr anfangen, als mit dem sozialpolitischen Terminus. Was soll das überhaupt sein - Sozialraum? Die nächste Tagung des Netzwerks der Sozialpsychiatrischen Dienste in Deutschland steht unter diesem Vorzeichen. Werden wir es am 20./21. März in Hannover mit Leben füllen können?

Vielleicht sind in Berlin die Einzugsgebiete für eine echte Kiez-Arbeit zu groß, wie Hermann Elgeti bei dem bereits in meinem letzten Brief erwähnten ÖGD-Kongress vermutete. Charlottenburg-Wilmersdorf hat immerhin 310 000 Einwohner; hier den Überblick zu behalten fällt wahrlich schwer. Unsere eigenen kleinen Kuchenstücke, unsere Zuständigkeitsbereiche, sind im Laufe der Jahre ganz zerbröseln. Immer wieder musste ich als Gruppenleiterin die Zuständigkeiten neu zuschneiden, weil Kollegen gegangen sind, und ihre Stellen nicht neu besetzt wurden. Die Kuchenstücke wurden zu Puzzles und immer größer. Denn es mussten Zuständigkeitsbereiche ganz zerstückelt werden – entweder nach dem guten alten ABC, oder nach einzelnen Straßen. Wir wurden zu Krümelmonstern. Vorbei die Zeit, in der wir die Ärzte in unserem Quartier kannten, nicht nur die Psychiater, sondern auch die Sozialstationen und Apotheken und unsere Pappenheimer natürlich auch. Jetzt rennen wir mit GPS durch die Gegend, oder blättern mal wieder einen Stadtplan auf, um beim Hausbesuch die gesuchte Straße zu finden.

Zum Sozialraum gehören die Einheimischen, und die Gäste logischerweise auch. Berlin kämpft wie alle Städte mit dem erhöhten Zustrom an Flüchtlingen. Die Eröffnung eines Heims im Charlottenburger Westend war mit antirassistischen Flugblättern flankiert worden, woraufhin sich schnurstracks eine Bürgerinitiative „Willkommen im Westend“ gründete. Anfang des Jahres wurde das zweite Erstaufnahmeheim für Flüchtlinge in meinem Charlottenburger Rest-Kuchenstück eröffnet. Bisher hatten jugendliche Berlinbesucher in den Apartments Party gemacht, nun leben hier 124 Flüchtlinge aus sieben Ländern, darunter etliche Kinder. Der Betreiber, die Arbeiterwohlfahrt hatte gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte Januar die Anwohner zu einem Treffen geladen. Das musste ich mir anschauen. Gleich am Eingang wurden wieder mal Flugblätter verteilt, diesmal von der BI „Willkommen im Westend“. Die Aula war gut gefüllt, Betreiber, Stadtrat und die zuständige Senatsverwaltung gaben einen ersten Lagebericht. Dann kamen die Fragen und Diskussionsbeiträge der Bürger, und nicht nur die Politiker waren überrascht. In den Beiträgen überschlugen sich engagierte Charlottenburger gegenseitig mit der Bereitschaft, mit den Kindern zu malen, Deutschkurse zu geben und sich aktiv an der geforderten Willkommenskultur zu beteiligen. Manche Frauen, vermutlich pensionierte Lehrerinnen hatten bereits losgelegt mit Malpapier und Stiften, ungefragt und ungebeten. Riesiger Applaus. Aber wer koordiniere denn nun all die Ehrenamtlichen, wurde der Stadtrat gefragt. Eine von der EU geförderte Koordinierungsstelle ist jüngst ausgelaufen, Nachschub wurde gefordert und vage versprochen. Und weshalb gibt es keine vernünftigen Räume für Gruppenaktivitäten in dem ehemaligen Jugendhotel? Die Falken boten im nächsten Redebeitrag ihre Räume an, kostenlos und in unmittelbarer Nähe. Das

flutschte regelrecht und war fast zu schön um wahr zu sein. Ich war ein wenig stolz auf „meinen“ Sozialraum, in dem ich ja nicht nur arbeite.

Manchmal nützt es, ein wenig auf die Pauke zu hauen. Es sind nicht die ganz großen Torten, die da geworfen werden, sondern ganz kleine Brötchen, Krümel, Brotkrumen. Die bereits erwähnte Bürgerinitiative ist so ein Beispiel, und vielleicht sind wir selbst einmal erfolgreich. Es geht um die „Motivationszuwendung der Freien Wohlfahrtspflege auf die Grundsicherung“. Seit einem Urteil des Bundessozialgerichts sind die Grundsicherungsträger angewiesen, vom „Zuverdienst“ unserer Klienten jeweils (nur) einen Betrag in Höhe von einem Achtel der Regelbedarfsstufe 1 nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen. Im Klartext: Der Restbetrag muss jeden Monat neu errechnet werden, und wird angerechnet. Das ist skandalös. Die vielen kleinen Zuverdienstbetriebe gehören inzwischen zum Kiez-Inventar; die Gebrauchtwarenläden, Cafés und Buchprojekte, und vor allem die Klienten, die hier arbeiten. Die BGSP hat Unterschriften gesammelt und geschrieben, und Senator Czaja hat Unterstützung zugesagt. Mehr dazu auf www.bgsp-ev.de . Wir können auch Monster!